

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf.

Postgenosse für das Erzgebirge: Postamt für Leipzig und umliegende Orte. Postgenosse für das Erzgebirge: Postamt für Leipzig und umliegende Orte.

Telegraphen: Telegraphen-Anstalt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1919

Nr. 264

Mittwoch, den 12. November 1924

19. Jahrgang

Stappenweiser Steuerabbau.

Beginn am 15. November.

Berlin, 10. November. Die soeben erlassene zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendigen Steuerermäßigungen hat auf die am 10. November und 10. Dezember fälligen Monatsvorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern noch keinen Einfluß. Die Ermäßigung um ein Viertel macht sich erstmalig bei der am 10. Januar 1925 fälligen Monatsvorauszahlung geltend, so für die Gewerbetreibenden, die ihre Vorauszahlungen für ein Vierteljahr und zwar nach dessen Ablauf leisten. Da die Landwirtschaft ihre Vorauszahlungen für ein Vierteljahr in dessen Mitte, also am 15. November, leistet, ermäßigt sich die dann fällige Vorauszahlung bereits um ein Fünftel.

Auf dem Wege zur Steuerreform.

Die Entscheidungen des Reiches und der Länder über den Abbau der Steuerlast sind die naturnotwendige Folge unserer währungs- und wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich nicht bereits früher entschließen konnte, mit der Reorganisation einen Anfang zu machen, so lag es in der Hauptsache an der Verzögerung des Abschlusses der 800-Millionen-Anleihe, die für die Durchführung der Londoner Beschlüsse und des Dawes-Gutachtens die Voraussetzung bildete. Nunmehr ist die Bahn frei: das Vertrauen in die Stabilität unserer Währung ist so gefestigt, daß das Reich, dem automatisch auch die Länder und Gemeinden folgen müssen, mit der Umgestaltung veralteter Steuermaßnahmen beginnen kann. Es wäre gut, wenn man behaupten, das Reich wäre über den großen Berg hinweg, denn es sind in Zukunft noch ungeheure Lasten aus den Dawes-Gesetzen zu erfüllen. Über die Finanzlage hat sich in den letzten Monaten zweifellos gebessert. Auch die Geldverhältnisse der Länder und Gemeinden sind im Augenblick recht günstig zu beurteilen. Es werden vielfach unproduktive Aufwendungen gemacht, die in der Öffentlichkeit Mißstimmung hervorrufen und das Vertrauen nach Überwindung des außerordentlichen Steuerdrucks nicht unbedeutend erscheinen lassen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen Steuerformen, die aus der Inflationszeit stammen, infolge der Marktstabilisierung ihren Sinn verloren haben und ferner aus Gründen der Erleichterung des Wirtschaftswachstums der Abänderung bedürftig sind.

Das bisherige Steuersystem, das infolge der fortschreitenden Geldentwertung der Inflationsjahre einen unüberwindlichen Charakter angenommen hat, war auf dem Grundsatz aufgebaut, den Anforderungen der Staatsfinanzen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Privatwirtschaft zu genügen. Bei den Verschärfungen der Steuerlast war es infolge des Währungsverfalls nicht möglich, die Belastung mit der jeweiligen Kaufkraft der Bevölkerung und mit den Erfordernissen der Wirtschaft in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. So stellte vor allem die Umsatzsteuer, die eine Ware bei jedem Besitzwechsel erfährt, eine Belastung des Konsums dar, die in der vorgesehenen Höhe unter stabilen Verhältnissen nicht aufrechterhalten werden kann. Diesen Erdrückungen wurde Rechnung getragen und der Umsatzsteuerfuß von 2 auf 1 1/2 Prozent ermäßigt. Wenn ein noch weiterer Abbau dieser Steuer in Aussicht gestellt ist, so ist dabei zu berücksichtigen, daß wir in dieser Hinsicht auch an die Auslegung des Dawes-Gutachtens gebunden sind, wonach bei uns aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit keine geringere Belastung erfolgen darf, als in einem der alliierten Länder. Nur provisorischen Charakter trägt die Regelung der Einkommensteuerverhältnisse. Durch die Geldentwertung wurde eine außerordentliche Steuerbelastung unumgänglich gemacht, und es hat deshalb ein Einziehungsverfahren Platz gefunden, das auf die einzelnen Steuerzahler ganz verschieden einwirkte. Am leichtesten war die Heranziehung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch das System der Steuerabzug. Im übrigen stützten sich die Einkommensteuerzahler auf die Höhe des Umsatzes und sie führten deshalb zu der Ungerechtigkeit, daß der Verlust im gleichen Maße herangezogen wurde, wie der Gewinn. Weitere Mängel liegen in dem bisherigen Modus der Steuerabgaben, die ebenfalls nur auf die Periode der valutaren Unsicherheit zugeschnitten waren und deshalb als Übergangserscheinung hingenommen werden mußten. Was in den letzten Jahren infolge der außergewöhnlichen Währungsverhältnisse Berücksichtigung zu haben schien, ist durch die Stabilisierungsaktion überholt. Trotzdem wird das Versprechen in der zweiten Steuerverordnung, nach dem für das Kalenderjahr 1924 wieder eine ordnungsgemäße Einkommensteuerbelastung erfolgen und die vorausgeschalteten Beiträge angerechnet werden sollen, noch nicht eingelöst.

Bermutlich sind neben technischen Schwierigkeiten in der Berechnung mit den Ländern die noch immer dringenden Geldbedürfnisse des Reiches die Veranlassung, es vorläufig noch bei dem bisherigen Vorauszahlungsverfahren zu belassen und zunächst eine Ermäßigung um 25 v. H. mit Wirkung ab 1. Dezember anzukündigen.

Die Entschlüsse des Reiches und der Länder über die Steuerermäßigungen stellen einen bemerkenswerten Fortschritt der Regierungsbestrebungen dar, den Preisabbau sowie die Belebung der Wirtschaft zu fördern und auf die verminderte Kaufkraft der großen Masse Rücksicht zu nehmen. Die ergriffenen Maßnahmen erscheinen aber unzulänglich und sind nur ein Notbehelf, dem in absehbarer Zeit der Umbau unseres Steuersystems auf dem Wege der Gesetzgebung folgen muß.

Steuerabbau in Sachsen.

Eine Unterredung mit Finanzminister Dr. Reinhold.

Finanzminister Dr. Reinhold, dessen Vermittlungsvorschlag bei den Berliner Beratungen über die Steuerermäßigungen im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, macht dem „Leipziger Tageblatt“ über die Richtlinien für die künftige Steuerpolitik in Sachsen die nachstehenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Die von der Reichsregierung im Einverständnis mit dem Finanzministerium der Länder beschlossene Steuerherabsetzung bedeutet eine konsequente Fortsetzung der Politik, die die Reichsregierung seit der Stabilisierung der Währung verfolgt und die die allmähliche Wiederherstellung normaler Verhältnisse in unserer Wirtschaft zum Ziele hat. Ich habe mich deshalb bei den Besprechungen in Berlin mit aller Entschiedenheit für die Steuererleichterungen ausgesprochen, weil ich der Überzeugung bin, daß eine solide Steuerpolitik die einzig dauerhafte Grundlage für eine gesunde Wirtschaftspolitik des Landes ist.“

Die Ueberlastung unserer Wirtschaft mit Steuern hat aber zur Folge gehabt, daß der Produktionsprozent in Deutschland durch diese Steuern — zu denen auch die indirekten Steuern infolge der zu hohen Frachten der Reichseisenbahn kamen und leider noch kommen — so verteuert worden ist, daß unsere Preise weit über dem normalen Markt lagen und unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland und damit unsere Exportmöglichkeiten stark beeinträchtigt waren.

So schwer nun auch der Ausfall an Steuern für die Staats der Länder und Gemeinden gerade in diesem Augenblick zu tragen ist, wo wir aus zwingenden staatspolitischen Gründen an eine Erhöhung unserer anormal niedrig gehaltenen Beamtengehälter gehen müssen und gehen wollen, aus sozialen Gründen ferner Erleichterungen für die minderbemittelten Klassen schaffen, ist die Steuerermäßigung unbedingt notwendig gewesen. Die Länder werden, damit das Ziel der wirtschaftlichen Erleichterungen, die

Senkung der Preise

wirklich erreicht wird, gleichfalls ihre Realsteuern herabsetzen müssen.

Ich bin dazu in Sachsen bereit, möchte mich aber über Einzelheiten, obwohl mein Plan schon feststeht, und übrigens schon vor der Einbringung der Vorlage der verschiedenen Parteien in dieser Frage feststand, noch nicht aussprechen, da ich der endgültigen Entscheidung des Kabinetts nicht vorgreifen möchte. Jedenfalls werden die Steuerermäßigungen in Sachsen von dem Gedanken getragen sein, daß sie den auf dem Produktionsprozent lastenden Steuerdruck mildern, um so die sich anbahnende Gesundung unserer Wirtschaft weiter zu fördern. Ebenso stehen Preisermäßigungen für die minderbemittelten Kreise bevor. Ich möchte hoffen, daß zur Erreichung des großen Zieles auch die Reichseisenbahngesellschaft, auf die die Reichsregierung keinen direkten Einfluß mehr hat, durch Ermäßigung der Frachten die gewünschte und unbedingt notwendige Verbilligung der Produktion ermöglicht.“

Steuerermäßigungsanträge im sächsischen Landtag. Die Deutsche Volkspartei hat folgenden Antrag vorgebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich, erstens bei der Nichterfüllung a) die Kleinrentner und die sonstigen Empfänger öffentlicher Fürsorge bis auf weiteres freizustellen, b) den für den Wohnungsbau bestimmten Teil gegebenenfalls unter verhältnismäßiger Kürzung des Anteils des Staates und der Gemeinden auf 15 Prozent zu erhöhen, zweitens die Grund- und Gewerbesteuer wesentlich zu ermäßigen, insbesondere die Lohnsteuer zu beseitigen. In einem weiteren Antrage der Deutschen Volkspartei wird eine Ermäßigung der Gebühren für Grundbucheintragungen in dem Maße gefordert, wie sie in den meisten übrigen deutschen Ländern in Geltung sind.

Die demokratische Fraktion beantragt, die Regierung zu ersuchen, daß die bei Eintragungen ins Grundbuch, Handelsregister usw. entstehenden Gerichts- und Notariatsgebühren sämtlich auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabgesetzt werden sollen.

Baldwin über seine künftige Politik.

London, 10. Nov. Vor dem Guildhall-Bankett wurde ein glänzender Empfang in der historischen Bibliothek der Guildhall veranstaltet. Der Lord Mayor von London und seine Gattin empfingen die Gäste, darunter die Boten der auswärtigen Mächte, den Grafen von Devon und die Mitglieder der Regierung, von denen Churchill, Baldwin und Chamberlain besonders warm begrüßt wurden. Auf dem Bankett erklärte Baldwin, die Hauptaufgabe der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik werde sein, den Zusammenhang mit den Arbeiten der früheren Regierung zu wahren. Er werde daher gute Beziehungen zu allen Mächten auf der Grundlage der Friedensverträge pflegen. Die Regierung werde eine fortschrittliche Politik treiben, um die sozialen Lage der Massen zu verbessern und werde energisch in der Währungsfrage auftreten und die hohen Lebensmittelpreise nachprüfen. Zwischen den Gestehungskosten und den Verkaufspreisen bestehe eine zu große Spannung, die beseitigt werden müsse. Die Regierung sei vollkommen davon überzeugt, daß das Londoner Abkommen Deutschland in den Stand setzen werde, ein Faktor für die Festigung des europäischen Friedens zu werden, aber die Betätigung dieser Hoffnung hänge vom deutschen Volke ab. Die Deutschen hätten eine Gelegenheit, wenn sie gewissenhaft allen Verpflichtungen nachkämen und allen Versuchen, sie zu angehen, Widerstand leisteten. Die Regierung hoffe, daß die Entwaflnung Deutschlands ohne Verzögerung oder Schwierigkeit beendet werde, und begrüße den Vorschlag, daß Deutschland in den Abwärtstrend einträte.

Herriots Abrechnung.

Paris, 9. November. Ministerpräsident Herriot hat heute in Robes in Gemeinschaft mit dem Handelsminister Reynaud einem republikanischen Bankett beigewohnt, in dessen Verlauf er eine große politische Rede hielt. Er sagte, er glaube in voller Aufrichtigkeit sagen zu können, daß noch niemals eine Regierung auf so viele Hindernisse gestoßen sei, wie die jetzige demokratische französische Regierung. Außerhalb und im Innern Frankreichs habe man nur Gefahren und Verwicklungen gesehen. Frankreich war isoliert, denn die Einheit der Völker, die sich während des Krieges um Frankreich gruppiert hatten, war kompromittiert, wenn nicht gebrochen. Die amerikanische öffentliche Meinung beunruhigte sich wegen unserer Haltung. Die Freundschaft, die wir noch bewahren konnten, verließ uns. Ein immer feindseliger gestimmtes Deutschland gab sich den Däch hin, von einem mysteriösen und abgeschlossenen Russland benachbart. Diese Lage haben wir ertragen und trotz der Verleumdungen der Ueberpartei haben wir durch das Londoner Abkommen die Ausführungen des Dawesplanes sichergestellt, den man den Plan der Restabilisierung und Realisierung nennen könnte. Er wird mit dem Beistand der Vereinigten Staaten durchgeführt. Die gleichen Männer sagen uns an, daß wir das Ruhrgebiet aufgegeben hätten, obwohl sie sehr gut wissen, daß Frankreich für sich nur zwischen der Politik der isolierten Nation, die uns zum Siege geführt hätte, und der Politik der internationalen Verständigung zu wählen hatte. Wir haben erklärt, daß wir das russische Volk nicht mehr ignorieren wollen. Das soll ein unverzeihlicher Fehler in den Augen derjenigen sein, die sich vor dem Kardinal gebeugt haben. Wir haben unsere alten Alliierten wieder gewonnen. So schwierig auch unsere Beziehungen zu Deutschland sind, wir haben erklärt, daß wir mit dem deutschen Volke gerecht und für beide Länder ehrenhafte Beziehungen wieder anknüpfen wollen, die es gestatten, das Werk der Restabilisierung zu fördern. Wir haben eben den Mächtern den Frieden erklärt. Wenn das unser Verdienen sein soll, dann übernehmen wir hierfür die Verantwortlichkeit.

Berlin, 10. November. Entgegen einer Meldung einer hiesigen Korrespondenz teilt uns unser Pariser Vertreter mit, daß an zuständiger deutscher Stelle in Paris von einer vorläufigen Entlassung des Generals von Kautskus nichts bekannt ist.

der 50 Pfg.

November mit

ken.

and ten.

zeit!

mboss zum

räge

is

ten

zeit

os Klüftung gehen lassen. Eintritt frei r. Reef.

achthof



33 Ave.

ste

den 11. Novemberhausfalle Vorstand.

g einer Hartung, als im

ndmann

rittstermin sind warte 4750 an Geschlossener.